

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

46 (12.11.1947)

VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 2, Nr. 46

Mannheim, den 12. November 1947

Preis 15 Pfg.

Je dünner das Brot —
desto dicker die Lügen.
Das Volk will Brot —
nicht Kommunisten-Hetze!

Molotows Rede

auf der Festsitzung des Moskauer Sowjets

In einer großen wegweisenden Rede auf der Festsitzung des Moskauer Sowjets am 5. November sprach Molotow Worte, die nicht nur für die weitere Entwicklung des Sowjetlandes, sondern für die weitere gesellschaftliche Entwicklung überhaupt von grundlegender Bedeutung sind. In seinen grundlegenden Ausführungen behandelte Molotow die Bedeutung des Sieges des Sozialismus in der UdSSR, die Sowjetunion und die internationale Zusammenarbeit und die Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft zum Kommunismus.

Molotow gliederte den bisher zurückgelegten Weg in drei Perioden: Vom Sieg der Oktoberrevolution bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges, die Jahre des großen vaterländischen Krieges, die Jahre der Aufbauarbeit nach dem Kriege.

In den 23 Jahren der ersten Periode schlug die Sowjetmacht die Interventionen und verwandelte aus eigener Kraft das halbfeudale rückständige Rußland auf dem Wege der Industrialisierung und Kollektivierung in einen führenden Industriestaat, in dem die Großindustrie im Jahre 1940 das zwölfwache der Produktion des Jahres 1913 leistete, während die Produktion der kollektivierten Landwirtschaft das Doppelte der Produktion von 1913 erreichte. Der grandiose sozialistische Aufstieg besetzte Krisen und Arbeitslosigkeit und ermöglichte das ständige Wachstum des Wohlstandes der Werktätigen. Der Ueberfall Hitlers unterbrach die friedliche Aufbauperiode.

Während die von Hitler okkupierten kapitalistischen Länder nicht fähig waren, aus eigener Kraft das Joch der Hitlerbanden zu brechen, änderte der gewaltige Befreiungskampf der Sowjetvölker das Kräfteverhältnis zugunsten der fortschrittlichen Friedenskräfte der Welt. Das Sowjetvolk hat durch seinen heroischen Kampf die Zivilisation Europas vor den faschistischen Pogrombestien gerettet.

Sofort nach der siegreichen Beendigung des Krieges schritten die Sowjetvölker an die Verwirklichung des neuen Fünfjahresplanes mit dem Er-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Sowjetrußland fordert:

Deutsche Vertreter für die Friedens-Konferenz!

Standpunkt der Sowjetunion auf der stellvertretenden Außenministerkonferenz in London: Deutsche Zentralregierung noch vor der Friedenskonferenz — Ablehnende Haltung der westlichen Alliierten

Auf der vorbereitenden Konferenz der Außenminister erklärte in der Sitzung am Samstag der Sowjet-Delegierte Smirnow, die Sowjetunion bestehe darauf, daß die Mitglieder einer deutschen Zentralregierung das Recht erhalten, ihre Meinung bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages für Deutschland zu äußern, und daß daher vor dem Zusammenritt der Friedenskonferenz eine deutsche Zentralregierung geschaffen werden müsse. Die Vertreter der Westmächte beharren auf ihrer Weigerung, deutsche Vertreter zuzulassen.

Der Sowjet-Delegierte trat dafür ein, daß nur die großen Fünf und die 18 Staaten, die aktiv gegen den Faschismus gekämpft haben, oder Deutschlands Nachbarn sind, an der Friedenskonferenz teilnehmen. Der Delegierte der USA forderte dagegen die Teilnahme aller 55 Nationen, die Deutschland, obwohl zum Teil erst in letzter Stunde, den Krieg erklärt hatten. England und Frankreich haben es bisher in den Verhandlungen vermieden, sich in diesem Punkte festzulegen.

Die Forderung des sowjetischen Delegierten nach einer deutschen Vertretung auf einer Friedenskonferenz, die zum Ergebnis einen Friedensvertrag für Deutschland haben soll, erscheint als das Vernünftigste und Selbstverständlichste. Wie die Weigerung der westlichen Vertreter aber zeigt, ist das Selbstverständliche nicht ohne weiteres selbstverständlich. Die von den USA verfolgte Marshall-Politik in Europa schließt eben das Selbstverständliche aus. In den Rahmen dieser Politik paßt keine deutsche Zentralinstanz oder Zentralregierung, weil damit natürlich auch der Anspruch auf Behandlung Deutschlands als einer wirtschaftlichen und politischen Einheit Anerkennung finden müßte. Das ist der springende Punkt der jetzigen Konferenz der stellvertretenden Außenminister, und in nichts anderem ist die Klippe zu sehen, die den Friedensvertrag mit Deutschland auf der Konferenz der großen Vier gefährdet.

Das Resultat einer Konferenz um einen deutschen Friedensvertrag kann aussehen wie es will, ohne eine deutsche Vertretung ist es mit dem Odium des Diktats belastet. Damit aber ist der Keim zu neuen Konflikten gelegt. Eine seltsame Logik kam in den Verhandlungen bei der Stellungnahme des englischen Delegierten zum Vorschein. Er begründete die Ablehnung der Schaffung einer deutschen Regierung vor Abschluß eines Friedensvertrages damit, daß dies den Deutschen ermöglichen würde, die Bemühungen der Alliierten zu hintertreiben. Bei diesem ablehnenden Standpunkt sind die Dinge auf den Kopf gestellt. Daß man sich der reaktionären Erscheinungen in Bizonesien erinnert, ist sicher zeitgemäß. Daß diese aber zur Begründung herhalten müssen, um die Schaffung einer

deutschen Regierung und die Zulassung deutscher Vertreter auf der Friedenskonferenz abzulehnen, ist doch mehr als eigenartig, wenn man sich vergegenwärtigt, in welchem Maße die Verantwortung für diese Zustände mit bei den Besatzungsbehörden liegt.

Die Frage der nationalen Repräsentation in Deutschland erscheint angesichts der Londoner Vorgänge in einem hellen Licht. Soll die Unmöglichkeit,

die deutsche nationale Repräsentation zu bilden, den internationalen Kräften, die Deutschland bei der Schaffung des Friedensvertrages ausgeschaltet wissen wollen, die Voraussetzungen geben, ihr Ziel zu erreichen?

Dr. Schumacher hat Anstrengungen genug gemacht, das Spiel der internationalen Reaktion zu erleichtern. Wenn's an uns Deutschen liegt, und wir selbst nicht die Voraussetzung zustande bringen, überhaupt Vertreter entsenden zu können, haben es die westlichen Alliierten leicht. Deutsche Politik ist das nicht mehr. Es kann keine deutsche Politik sein, weil sie zur Zerreißen Deutschlands führt und die einzelnen Teile Deutschlands zum Objekt imperialistischer Schachers macht. Das deutsche Volk aber muß die Rechnung bezahlen. Die Abschlagszahlungen, die wir bisher zur Begleichung dieser Rechnung bereits leisten mußten, sind uns teuer genug zu stehen gekommen.

W. G.

Die Ernährungsbürokratie praßt!

Das Volk verhungert und die Leiter der westlichen Ernährungsämter verbrauchen in 4 Tagen 1 790 000 Kalorien. / Schlange-Schönungen mit dabei

Einem DENA-Bericht zufolge wurden in Ruhpolding in der Zeit vom 24. bis 27. September auf einer Tagung von 40 Leitern von Ernährungsämtern der amerikanischen, britischen und französischen Zone an den einzelnen Teilnehmer im Tage Speisen im Nährwert von 11 200 Kalorien ausgegeben. Insgesamt verbrauchten die 40 Teilnehmer in 4 Tagen 1 790 000 Kalorien. Der Ernährungsbürokratie standen 750 Eier, 2 Ztr. amerikanisches Weizenmehl, 20 kg Butter, Fleischkonserven, Wurst, 25 kg Marmelade, 12 kg Trockenmilchpulver und 30 kg Zucker zum Verprassen zur Verfügung. Der „Süd-Ost-Kurier“ behauptet, daß unter den Schlemmern der Ernährungsbürokratie sich auch der Direktor für Ernährung und Landwirtschaft beim Wirtschaftsrat, Dr. Hans Schlange-Schönungen, befunden haben soll.

Das Volk hungert und verhungert! Das Volk wird mehr und mehr durch Kompensationsgeschäfte und den schwarzen Markt bis zum letzten ausgeplündert! Die Bürokratie wird größer und größer und je größer sie wird,

um so unfähiger, den Notwendigkeiten einer vernünftigen Verwaltung gerecht zu werden. Das Volk ist den Schiebern und Wucherern ausgeliefert! Sie sind nicht nur in der Region der illegalen Bereiche zu suchen, sondern, wie die obige Meldung besagt, auch bei den höchsten Spitzen unserer Verwaltungsbürokratie selbst, denn was unterscheidet die prassenden Leiter der Ernährungsbürokratie von den Hyänen des schwarzen Marktes? Diese wie jene leben auf Kosten der hungernden Bevölkerung.

ym.

Herabschraubung der Marshall-Hilfe

Statt 23 werden nur noch 12—17 Milliarden Dollar erörtert

Dem Präsidenten Truman wurde das Ergebnis der Untersuchungen über die Durchführung des Marshall-Planes von dem damit beauftragten Bürgerausschuß unterbreitet. Der Bürgerausschuß setzt sich zusammen aus Geschäftsleuten und hat zum Leiter den amerikanischen Handelsminister Harriman. Der Bürgerausschuß schlägt eine Summe von 12 bis 17 Milliarden Dollar vor, die an Westeuropa im Rahmen des Marshall-Planes gegeben werden sollen. Außenminister Marshall selbst hält 16—20 Milliarden Dollar für notwendig, während auf der Pariser Konferenz die 16 Teilnehmerstaaten zu einer Forderung von nahezu 23 Milliarden Dollar Hilfgelder gekommen waren.

Während bisher beim Marshall-Plan von amerikanischer Seite stets die Hauptbetonung auf der durch ihn geübt werden sollenden „Humanität“ gelegen hat, gesteht der Bürgerausschuß in seinen Schlußfolgerungen etwas handgreiflichere Gründe für das Interesse der USA am Marshall-Plan ein. So heißt es u. a., daß die Vereinigten Staaten ein „menschliches, wirtschaftliches, strategisches und politisches Interesse“ haben, den am Marshall-Plan beteiligten Ländern zu „helfen“. Ebenso wird eingestanden, daß „im Lande selbst eine Finanzpolitik zur Bekämpfung der Inflation“ durchzuführen notwendig ist.

Der Bürgerausschuß hat nicht vergessen, in seinem Bericht die Bedeutung der Westzonen Deutschlands für die Durchführung des Marshall-Planes hervorzuheben. Bei Deutschland geht es um den Beitrag, den Deutschland leisten soll, um den Marshall-Plan durchführen zu können. Es dreht sich

dabei nicht darum, was man Deutschland geben muß, sondern was man aus Deutschland für die anderen am Marshall-Plan beteiligten Länder heraus holen kann. Wir selbst dürfen dabei nicht übersehen, daß der deutsche Beitrag für die Marshall-Politik sich nicht allein in Ziffern ausdrückt, sondern noch mehr in den in zwischen in Deutschland geschaffenen politischen Tatsachen, die auf die Zerreißen Deutschlands hinzielen.

y. m.

LDP zur London-Konferenz

Im Leitartikel des „Morgen“ schreibt der LDP-Vorsitzende Dr. Wilh. Külz:

Eine leistungsfähige Demokratie ist die beste Sache gegen nationalistische Reaktion. Auch sind wir noch in der ersten Entwicklungsphase begriffen. Ob wir einen entscheidenden Schritt vorwärtskommen, wird London zeigen. Ein Fortschritt wird hier um so eher zu erwarten sein, je stärker wir unseren guten Willen bekunden, selbst verantwortlich an der Festigung der Demokratie mitzuarbeiten. Ihr Aufbau kann nur im verständnisvollen Zusammenarbeiten zwischen den politischen Parteien und den Besatzungsmächten erfolgen, niemals im Gegensatz zu ihnen oder zu einer einzelnen von ihnen. Die Gefahr, daß dies nicht überall erkannt wird, ist größer, als die Gefahr des Rückfalles in nationalistische Tendenzen. Die Lehren des letzten Zusammenbruchs sind so grausam, daß kein denkender Deutscher sich einen Erfolg von der Rückkehr zur nationalistischen Politik versprechen könnte.

50% der Fetterzeugung wird verschoben

Unfähige Ernährungsbürokratie kann sich nicht verantworten

Die beiden Vorsitzenden des Zweimächte-Kontrollamtes, die Generale Adcock und McReady, haben scharfe Kritik an der mangelhaften Fetterfassung seitens der deutschen verantwortlichen Stellen geübt. Sie erklärten, daß infolge der Unfähigkeit der deutschen Stellen nicht viel mehr als 50 Prozent der in diesem Jahr erzeugten Butter erfaßt und große Mengen Fett auf dem schwarzen Markt verschoben worden seien. Wir glauben, daß da nicht nur „Unfähigkeit“ vorliegt, sondern daß die Verantwortlichen in verbrecherischer Weise bemüht sind, eine wirkliche Ordnung unserer Ernährungswirtschaft zu verhindern.

Wie DENA berichtet, gab ein Mitarbeiter Schlange-Schönungens, Ministerialdirektor Podyen, einem Vertreter dieser Agentur gegenüber offen zu, daß die Vorwürfe zu Recht bestehen.

Die Stellen, welche unsere Ernährung diktatorisch sabotieren, fühlen sich so selbstherrlich in ihrer Funktion, zu der sie das deutsche Volk nicht berufen hat, daß sie es nicht einmal für der Mühe wert halten, zu den erhobenen Beschuldigungen eine Erklärung abzugeben. Soll vielleicht die Verlautbarung des Verwaltungsamtes für Ernährung, welche dieses auf die Kritik des Zweimächte-Kontrollamtes herausgegeben hat, als solche gelten? Wir erfahren da lt. „Mannheimer Morgen“ vom 6. 11. 47, daß etwa 15 000 Tonnen Fett in der Doppelzone monatlich benötigt werden, wenn die jetzigen Rationen aufrecht erhalten werden sollen. Aus eigener Erzeugung kann aber nur knapp die Hälfte davon aufgebracht werden. Also liegt die einzige Hoffnung bei den amerikanischen Fett- und Koprallieferungen, von denen General Clay dieser Tage in Stuttgart sprach, über die er aber noch nichts Endgültiges zu sagen weiß. Wo ist da die Erklärung für das Verschwinden von 50 Prozent des bei uns erzeugten Fettes? Diese Verlautbarung ist eben keine Erklärung, und die verantwortlichen Ernährungsdictatoren und Saboteure können eine solche auch gar nicht abgeben, denn es wäre ihr eigener Schuldspruch.

-tr-

Molotows Rede

(Fortsetzung von Seite 1)

folg, daß die gesamte Produktion der sozialistischen Großindustrie im Oktober 1947 den Vorkriegsstand erreicht hat. Damit wurde die Voraussetzung für den raschen Aufstieg des Wohlstandes des ganzen Volkes und für die weitere Festigung der Sowjetmacht geschaffen.

Nur die große sozialistische Oktoberrevolution konnte die Voraussetzungen für ein solches, nie geahntes Tempo einer wirtschaftlichen Entwicklung schaffen.

Hochkapitalistische Länder wie England und Frankreich kamen während der Atempause zwischen den beiden Weltkriegen nicht vom Fleck, während in der gleichen Zeit die Industrie des Sowjetlandes um das Zwölfwache anstieg. Dieser Unterschied in der Entwicklung erklärt sich einzig und allein daraus, daß die Volkswirtschaft in der Sowjetunion auf sozialistischer Grundlage, in England und Frankreich auf kapitalistischer Grundlage beruht.

Mit dem sozialistischen Aufbau war der Kampf der Sowjetmacht um den Frieden und die Zusammenarbeit der Völker untrennbar verknüpft. Molotow wies in diesem Zusammenhang auf die Worte Stalins an Stassen hin, die die Friedenspolitik der Sowjetunion, die ihre Bereitschaft für eine allseitige internationale Zusammenarbeit zeigten. Die verschiedenen wirtschaftlichen Systeme müssen kein Hindernis für die Zusammenarbeit sein. Wenn natürlich kein Wunsch nach Zusammenarbeit besteht, können sogar bei gleichen wirtschaftlichen Systemen Staaten in einen Streit geraten. Molotow zeigte dann in seinen weiteren Ausführungen den grundlegenden Unterschied zwischen dieser Friedenspolitik der Sowjetunion und der gegenwärtigen Außenpolitik der USA und England auf. Amerikanische Projekte am laufenden Band tauchen auf, die den Anschein erwecken sollen, als seien die inneren Probleme der USA gelöst und nun komme es nur darauf an, die inneren Probleme anderer Länder in Ordnung zu bringen und dort eine richtige Politik und geeignete Regierung zu schaffen. In Wirklichkeit aber ist es so, daß die inneren Widersprüche und die Furcht vor der heranrückenden Krise die imperialistisch-militante Expansionspolitik erzeugen. Fremde Territorien werden okkupiert, Marine- und Luftstützpunkte in allen Teilen der Welt errichtet und die souveränen Rechte der Völker verletzt, was die imperialistische Expansionspolitik für die Völker immer unerträglicher macht.

Die Schaffung militärischer Stützpunkte und die Aufrechterhaltung des englisch-amerikanischen Militärstaates geschieht natürlich nicht aus friedliebenden Gefühlen, sondern bedeutet Einschüchterung und Aggression.

Die Politik der expansionslustigen Kreise in USA und England erklärt sich aus dem Mißtrauen zu den eigenen inneren Kräften und aus dem mystischen Glauben an das Geheimnis der Atombombe, obwohl es dieses Geheimnis schon lange nicht mehr gibt. Der Verzicht auf das Verbot der Atomwaffe, die eine Angriffswaffe ist, und auch das Verhindern der allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen, entlarvt die Expansionslustigen als offene Kriegshetzer.

Die Kriegshetzer setzen sich über die Grundgesetze der Achtung der Sou-

KPD antwortet auf amerikanische Propaganda-Offensive

Antikommunismus ermutigt volksfeindliche Elemente Ablenkungsmanöver überwinden nicht die Not!

(Eigenbericht.) Die Zonenleitung der KPD in der amerikanischen Zone erhebt in einer Erklärung feierlichen Protest gegen den antikommunistischen Feldzug, der durch die amerikanische Militärregierung angekündigt wird.

„Durch die neuen Richtlinien der amerikanischen Militärregierung zur Nachrichtenpolitik in Deutschland, die als Auftakt einer Propagandaoffensive gegen den Kommunismus bezeichnet werden, sehen sich alle reaktionären und volksfeindlichen Elemente ermutigt ihren Kurs auf die Spaltung Deutschlands und die Abwälzung der Lasten des Krieges auf die arbeitenden Schichten des Volkes zu verstärken. Alle antikommunistischen Argumente und Losungen aus der Goebbelszeit, die schon einmal als Vorwand zum Kampf gegen die Demokratie und zur Vorbereitung des Krieges gedient haben, werden wieder auferstehen.

Es besteht die ernste Gefahr, daß durch eine allgemeine antikommunistische Kampagne das deutsche Volk von den dringenden Aufgaben der Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und damit der Behebung der Wirtschaftsnot abgelenkt wird.

Die angekündigten Maßnahmen sollen sich zweifellos ausschließlich gegen die KPD auswirken, also gegen eine der von der Militärregierung zugelassenen demokratischen Parteien, die bisher schon auf dem Gebiet des Publikationswesens offensichtlich benachteiligt war. Die geschichtliche Erfahrung lehrt, daß die Offensive gegen den Kommunismus immer Auftakt zu einem allgemeinen Kampf gegen alle anderen fortschrittlichen Organisationen gewesen ist.

Da es um Lebensfragen des deutschen Volkes geht, erhebt die KPD gegen die Auslösung eines antikommunistischen Feldzuges feierlichen Protest. Sie appelliert gleichzeitig an alle Freunde des Fortschritts, sich in dem Kampf um die Rettung zur Einheit Deutschlands nicht beirren zu lassen

veranität der Völker hinweg und mischen sich in die inneren Angelegenheiten der Völker ein. In der deutschen Frage z. B. erklärte Molotow, daß die USA von den demokratischen Grundsätzen abgewichen und haben die gemeinsam gefaßten Beschlüsse von Jalta und Potsdam verletzt, so in den Fragen der Demokratisierung, der Entmilitarisierung und der Reparationen. Die einseitige Machtpolitik in „Bizonesien“ hat Deutschland gespalten und das Recht des deutschen Volkes auf die Existenz seines Staates, der demokratisch und friedlich sein müßte, verletzt.

Gerade das deutsche Beispiel zeigt, daß die anglo-amerikanischen Grundsätze von unverhülltem Imperialismus durchdrungen sind, während die Sowjetmacht fest auf den demokratischen Positionen beharrt.

Doch die Kräfte der Demokratie und des Sozialismus wachsen und erstarben mit jedem Tag, während der Boden unter den Füßen des Imperialismus schwankt. Man muß alle antiimperialistischen und demokratischen Kräfte

Halse.“ Der Filmkomiker Danny Kaye hat laut einer AP-Meldung Pressevertretern auf die Frage, ob er jemals kommunistische Theorien in Drehbüchern verarbeitet gefunden habe, geantwortet: „Niemand — außer in einem Wildwestfilm, wo der Sheriff angeritten kommt und fragt: „Nach welcher Richtung sind sie geritten?“ und irgend jemand antwortet: „Nach links.“ Kaye setzte hinzu: „Möglich, daß wir aufpassen sollen, daß der Betreffende immer antworten soll: „Nach rechts.“

Nach derselben AP-Meldung hat die Organisation der „Fortschrittlichen Bürger Amerikas“ in einem Telegramm an Präsident Truman die Abschaffung des Kongreß-Ausschusses zur Untersuchung amerikafeindlicher Umtriebe mit den Worten gefordert: „Wenn Europa nach Brot schreit, können wir nicht länger abseits stehen, während der Kongreß dem Volk ein Zirkusschauspiel bietet.“

Nach einem Bericht in einer der letzten Nummern der „Hamburger Volkszeitung“ scheut dieses Inquisitions-

und gemeinsam mit der KPD die Bemühungen aller demokratischen Kräfte um die Zukunft des deutschen Volkes zu verstärken.

Arbeitsniederlegung bei Lanz

Protest gegen katastrophale Ernährungslage — Von Betriebsrätevollversammlung zweistündige Arbeitsniederlegung für alle Mannheimer Betriebe gefordert

Bei der Firma Heinrich Lanz in Mannheim legten am Montag die wichtigsten Abteilungen als Protest gegen die katastrophale Ernährungslage die Arbeit nieder. Bei Lanz sind z. Zt. annähernd 3500 Arbeiter beschäftigt.

Am gleichen Tage fand eine Vertrauensmännerversammlung der Gewerkschaften innerhalb des Betriebes statt. In einer Entschließung wurde von den Gewerkschaften entscheidendes Eingreifen gefordert, um die schlimmsten Härten des unzulänglichen Versorgungswesens zu beseitigen. An die am Donnerstag, den 13. 11., stattfindende Betriebsrätevollversammlung Mannheims wurde von den Vertrauensleuten der Firma Lanz der Antrag gestellt, für alle Mannheimer Betriebe einen zweistündigen Proteststreik durchzuführen. Der Protest soll sich gegen die Sabotage im Ernährungssektor richten und den verantwortlichen Stellen eine Warnung sein.

„Uneigennützig Hilfe“ - Profit und Politik

Das Geheimnis der Weizenverbrennung in Argentinien; Lieferung nach Deutschland weit über Weltmarktpreis

General Clay hat dieser Tage zu der offiziellen Angabe der argentinischen Regierung, daß sie im Interesse der Aufrechterhaltung der Getreidepreise leider genötigt gewesen sei, Getreide im Werte von 500 Millionen Dollar zu verbrennen, erklärt, daß er dies nicht glaube, und zwar insbesondere deswegen, weil ja Amerika zur Zeit wegen Getreideaufkäufe mit Argentinien verhandle.

Die verschlungenen Wege der hohen Getreidepolitik werden zwar dem einfachen gesunden Menschenverstand, den Millionen hungernden Menschen, niemals einleuchten. Verkauf- und Kaufverhandlungen von Getreide bekräftigen indessen sogar noch die offi-

ziellen argentinischen Angaben, denn Getreide ist in dieser Sphäre nicht das Brot der Welt, sondern ein Mittel des Geschäfts und neuerdings der Politik. Welche ertragreichen Geschäftsmöglichkeiten in dem Schacher mit dem täglichen Brot liegen, zeigen die Weizenpreise, die in dauerndem Steigen begriffen sind und unter dem System des „freien Unternehmertums“ und der „freien Preisentwicklung“ in Chicago Rekordhöhen erreicht haben. Im Juli wurde Weizen zu 88 Dollar pro Tonne gehandelt gegenüber 39 Dollar im Jahre 1938.

Dieser an und für sich schon hohe Preis wird noch überboten durch den Preis, den Deutschland für das durch die USA gelieferte Getreide bezahlen muß. Veröffentlichungen der deutschen Presse vom Juli d. J. kann man entnehmen, daß im Juni 480 000 Tonnen Getreide und Mehl im Werte von 62 Millionen Dollar nach Deutschland geliefert wurden, wobei etwa 10 bis 15 Prozent auf das Mehl entfallen. Deutschland muß also für jede Tonne des aus Amerika gelieferten Getreides 128 Dollar zahlen, das dreifache des Vorkriegspreises und weit mehr als den Weltmarktpreis. Die angeblich uneigennützig Hilfe für die hungernden Völker Europas erweist sich somit als ein glänzendes Geschäft. Deutschland selbst muß auf diese Weise unweigerlich in Verschuldung und restlose Abhängigkeit geraten. Es gibt Brot und Getreide für alle auf der Welt, die ungeheuerliche Getreidevernichtung beweist dies eindeutig. Die Unmenschlichkeit des Systems des Monopolkapitalismus, der mit dem Hunger der Völker Politik und Geschäfte macht, zeigt sich immer klarer und die Menschheit wird erst frei und ohne Sorgen leben können, wenn sie dieses System beseitigt hat. —wb—

in einem mächtigen Lager zusammenfassen, das die Imperialisten zwingt, vernünftiger zu sein und sich ruhiger zu benehmen, da man annehmen kann, daß der Kapitalismus nicht daran interessiert ist, seinen eigenen Zusammenbruch zu beschleunigen.

Der Kapitalismus, so schloß Molotow seine Ausführungen, wurde zu einer Bremse des Fortschritts und die Fortsetzung imperialistischer Abenteuerpolitik die Hauptgefahr für die friedliebenden Völker. Die große sozialistische Oktoberrevolution zeigt den Völkern, daß die Zeit des Kapitalismus zu Ende geht, daß seltsame Wege zum allgemeinen Frieden und ungeahnten Fortschritts erschlossen sind, daß wir in einer Zeit leben, da alle Wege zum Kommunismus führen. Lenin führte Rußland auf den Weg zum Sozialismus, Stalin führt es auf den Weg des ruhmreichen Kommunismus. Die sowjetischen Menschen, erfüllt vom Glauben an die großen Ziele der sozialistischen Oktoberrevolution, stehen in den ersten Reihen der fortschrittlichen Menschheit.

gericht nicht vor Verhaftungen und Androhungen schwerster Gefängnisstrafen zurück. Der Filmator John Lawson wurde von mehreren Polizisten abgeführt, weil er dem Vorsitzenden zurief: „Sie gebrauchen Hitlermethoden! Es ist traurig, daß ich diesem Ausschuss die Grundregeln der Demokratie beibringen muß!“

Der Schriftsteller Dalton Trumbo erklärte unter lautem Beifall der Zuhörer: „Das ist der Anfang zu amerikanischen Konzentrationslagern“ und der Filmator Maltz rief dem Ausschuss zu: „Ich möchte lieber sterben, als so ein schäbiger Amerikaner sein, der vor Männern wie Thomas und Rankin auf dem Bauche kriecht, die jetzt in Amerika das gleiche tun, was Goebbels und Himmler in Deutschland taten. Das amerikanische Volk wird zwischen den Grundsätzen seiner Verfassung und dem Thomas-Ausschuß wählen müssen. Beides zugleich ist unmöglich.“

Führende amerikanische Filmschauspieler, Autoren und Direktoren von Filmgesellschaften, sowie einige Se-

Im Dienste des Volkes

hat die kommunistische Stadtratsfraktion in Mannheim folgende Anträge gestellt:

Bildung eines Ernährungsausschusses mit Nebenausschüssen in allen Stadtteilen, ähnlich den bereits bestehenden Wohnungsausschüssen, zur Kontrolle aller bewirtschafteten und unbewirtschafteten Lebensmittel und zur Sicherung einer gerechten Verteilung derselben.

Bildung eines Bauausschusses und Nebenausschüssen in allen Stadtteilen zur Schaffung von neuem Wohnraum und zum Wiederaufbau unserer Stadt.

Freiheit der Persönlichkeit — einmal anders!

„Vergewaltigung der Gesinnungs- und Meinungsfreiheit!“

Wie die vielgepriesene „Freiheit der Persönlichkeit“ im Zeichen des Feldzuges gegen den Kommunismus, den die amerikanische Militärregierung proklamiert hat, aussieht, läßt sich ungefähr errahnen aus den Berichten über die Tätigkeit des berüchtigten „Untersuchungsausschusses gegen unamerikanische Umtriebe“, der auch unter dem Namen „Rankin-Ausschuß“ bekannt ist. Fortschrittliche Intellektuelle, Künstler, Schriftsteller usw. werden laufend vor diesen Ausschuss zitiert, der sich zu einer wahren Geißel entwickelt. Charlie Chaplin erklärte: „Wenn man heutzutage mit dem linken Fuß zuerst von dem Kantstein heruntertritt, wird man beschuldigt, Kommunist zu sein“, und die bekannte Filmschauspielerin Katherine Hepburne sagte: „Man braucht nur den wahren Problemen des Volkes nachzugehen, und man hat eine hochnotpeinliche Untersuchung auf dem

natoren protestierten im Rundfunk gegen das Vorgehen des Ausschusses und nahmen in einem Protest, den die gesamten Gewerkschaftszeitungen Amerikas verbreiten, dagegen Stellung.

Emmet Lavery, Vorsitzender der Schauspielergewerkschaft, traf nach DPD und HVZ den Kern dieser aufsehenerregenden Vorgänge, wenn er bei seiner Vernehmung erklärte: „Das beste Mittel, um ein Anwachsen des kommunistischen Einflusses zu verhindern, sei nicht in einer Unterdrückung durch gesetzliche Maßnahmen zu finden, sondern in einer Verbesserung der amerikanischen Lebenshaltung“. Vergleicht man diese Äußerung mit den Worten Präsident Trumans, wonach Millionen von Amerikanern wegen der hohen Preise schon jetzt Entbehrungen leiden, so ist es klar, daß dieser Schlag gegen Hollywood nicht der letzte sein wird, der gegen das „andere Amerika“ geführt wird. Das amerikanische Kapital, das die Nachkriegskrise auf sich zukommen sieht, läßt nicht mit sich spaßen.

Wer baut in den Städten?

Wiederaufbau Sache des Volkes selber — Eine Antwort an den Wiederaufbaureferenten von Mannheim

In einem Artikel unter obiger Ueberschrift im „Mannheimer Morgen“ vom 8. November 1947 erkennt der Wiederaufbaureferent der Stadt Mannheim die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der unterschiedlichen Durchführung von Bauvorhaben als durchaus berechtigt an. Man könnte dies wohl als den ersten Schritt zur Besserung bezeichnen, wenn seine weiteren Ausführungen, in denen er die Ursache der sattsam bekannten Mißstände aufzudecken versucht, nicht zeigen würden, daß er sich nicht sonderlich klar ist über den Weg, auf dem sie überwunden werden können.

Zweifellos hat die staatliche Sanktionierung des Kompensationsgeschäftes — die gegen die Stimmen der Kommunisten erfolgte —, zu einer Schrumpfung der bewirtschafteten Baustoffmengen und zu einer Vergrößerung des schwarzen Marktes geführt. Nicht unbedingt mußte dies aber zu einem Ueberhandnehmen der Schwarz- und Vitaminbauten führen. Die Kommunisten sind der Ansicht und haben dies auch eindeutig erklärt, daß die städtischen Baubehörden durchaus nicht „wohl oder übel“ im Genehmigungsverfahren für den Wiederaufbau der Tatsache Rechnung tragen müssen, daß die Baustoffwirtschaft ebenfalls zu einer schwarzen und grauen Wirtschaft geworden ist. Niemand zwingt die Baubehörden, Anträge zu genehmigen, zu denen die Baustoffe nicht auf offenem und ordnungsgemäßem Wege zugeteilt wurden.

Nicht nur vom sozialen Standpunkt aus, das heißt, weil nur der wirtschaftlich oder vitaminmäßig Stärkere auf dem schwarzen, oder auf dem, trotz staatlicher Genehmigung, nicht weniger unsittlichen grauen Wege sich Baustoffe beschaffen kann, während der wirtschaftlich Schwächere das Nachsehen hat, besteht Anlaß zur Unzufriedenheit. Der Aufbau ist bekanntlich auch eine Frage der Arbeitskräfte, und diese wandern zweifellos auch an die trotz aller Bedenken von den städtischen Baubehörden genehmigten „kalorienstärkeren“ Bauvorhaben ab. Dazu kommt noch, daß diese Bauvorhaben zumeist nicht solche sind, die im Interesse der Ueberwindung der katastrophalen Wohnverhältnisse den Vorrang haben müßten. Die bedenkenlose Genehmigung von Baugesuchen mit selbst beschafften Baustoffen, von denen wohl nur der geringste Teil aus den Trümmern geborgen wurde, geht von dem Trugschluß aus, die Hauptsache sei, daß überhaupt gebaut werde, gleichgültig was.

Diese irrige Grundeinstellung kennzeichnet den Punkt, an dem sich die Geister trennen. An dieser Stelle hat man sich zu entscheiden, ob man vor den „Tatsachen“ kapitulieren, das heißt, eine geordnete Baustoffbewirtschaftung und den Aufbau nach dem Gesichtspunkt der Notwendigkeiten der Allgemeinheit aufgeben will. Es scheint, daß die städtischen Behörden lediglich noch ein kleiner Rest von „sozialem Standpunkt“, der leicht über Bord geworfen ist, daran hindert, dem berühmten „freien Spiel der Kräfte“ Tür und Tor zu öffnen.

Schier unerschöpfliche Rohstoffquellen fließen für alle möglichen Bauvorhaben. Wie beschämend für uns Deutsche ist es, daß die Besatzungsmächte durch eine Verfügung darauf hinweisen mußten, daß der Wohnungsbau die wichtigste Frage ist und daß alle anderen Bauvorhaben demgegenüber zurücktreten müssen, solange Menschen noch in Scheunen, Kellern und menschenunwürdigen Unterkünften hausen. Und trotzdem bauen Bäcker, Metzger und Wirte, weil gleichzeitig

auch für die Bevölkerung die eine oder andere Wohnung dabei abfällt.

Nichts gegen das Bauvorhaben des Geschäftsmannes. Er soll und darf bauen. Aber die Baubehörde muß sich dessen bewußt sein, daß im Vordergrund der Wohnungsbau steht und daß die behördlich zugeteilten Baumaterialien nur diesem Zwecke zu dienen haben. Das ist in Mannheim und zweifellos auch in anderen Orten nicht der Fall, wie ein Gang durch die Straßen zeigt, und auch der zweifellos richtige Grundsatz, mit geringstem Aufwand von Arbeitskräften und Baustoffen möglichst viel Wohnraum zu schaffen, wird in der Praxis in sein Gegenteil verkehrt. Die 1900 Baustellen in Mannheim und die bereits vollendeten neubauähnlichen Gebäude, mit deren Material durch Wohnbarmachung ausgebrannter Häuser ein vielfacher Effekt hätte erzielt werden können, sprechen eine deutliche Sprache.

Die Bevölkerung gibt bereits die Antwort auf die Frage „Wer baut in Mannheim“ und erwartet eine grundlegende Aenderung der unhaltbaren Zustände.

Wiederaufbaureferent Platen kapitulierte vor den Schwierigkeiten, wenn er feststellen zu müssen glaubt, daß seitens der Stadtverwaltung schon alles getan sei, was geschehen kann. Demnach können also die Dinge nicht geändert werden? Eine solche Ansicht ist äußerst gefährlich, ja unmöglich für die Baubehörde einer zu 75 Prozent zerstörten Stadt. Anknüpfen können wir allerdings an die Feststellung von Herrn Oberbaudirektor Platen, daß Stadtverwaltungen allein die Mißstände nicht beseitigen können, und die Kommunisten ziehen daraus die Folgerung, die er vergaß, nämlich die, daß die Bevölkerung selbst ein entscheidendes Wort mitsprechen muß bei der Ueberwindung der untragbaren Wohnverhältnisse, unter denen sie so schwer zu leiden hat. Wir fordern daher die Mitbestimmung der Bevölkerung in dieser wichtigen Frage durch Bildung eines Bauausschusses mit Nebenausschüssen in allen Stadtteilen,

ähnlich den Wohnungsausschüssen, zu dessen vordringlichsten Aufgaben die Ausarbeitung eines

Baunotprogramms der Stadt Mannheim und eines

Baustoffverteilungsplanes gehören.

Die Bevölkerung von Mannheim wird am 7. Dezember das Fazit ziehen aus der bisherigen Bautätigkeit in Mannheim, die mit der Kapitulation vor dem Chaos geendet hat, und wird durch ihre Stimmabgabe den Kräften zum Durchbruch verhelfen, die gewillt sind, mit allen Kräften für Ordnung und Wiederaufbau zu wirken.

Was sollen wir essen?

25 Prozent der Bevölkerung Mannheims erhielt bis jetzt nur 50 Pfund Kartoffeln

Im württembergisch-badischen Landtag erklärte der Abgeordnete Fischer, daß in Mannheim noch 100 000 Menschen auf ihren 1 Zentner Kartoffeln warteten. 25 Prozent der Bevölkerung hätten bis jetzt nur 1 Zentner der Kartoffeln erhalten, 25 Prozent nur 50 Pfund und die übrigen überhaupt noch keine.

Ein Leser aus dem Waldhof schreibt uns: „Ich habe seit Juli mit meiner Frau 16 Pfund Kartoffeln bekommen. Hamstern kann ich mir keine — ich bin 79 Jahre alt. Was sollen wir essen?“ Ein anderes Beispiel: Frau Chr. hat einen lungenkranken Mann und zwei erwachsene Töchter. Nach vielem Laufen und langem Warten bekommt sie endlich 2 Zentner Kartoffeln. Aber was für welche? Es sind ganz kleine und verhutzelte Dinger, denen man ansieht, daß sie der Bauer zum Füttern ausgelesen hat.

Auf ihre Beschwerde auf der Kartoffelstelle des Wirtschaftsamts schnauzt ihr ein Beamter entgegen: „Ihr müßt froh sein, wenn ihr überhaupt Kartoffeln bekommt“. Endlich läßt er sich bewegen, ½ der Kartoffeln für ungenießbar zu erklären.

Das sind kleine und charakteristische Zeichen der Ernährungsorgen der Bevölkerung.

Wie schrieb doch das „CDU-Echo“: „Die Kartoffeln sind da. Sie werden nicht ausgegeben, weil das Gestrüpp der bürokratischen Hemmungen einfach nicht mehr überwunden werden kann. Wenn wir in diesem Winter hungern müssen, dann nicht aus Mangel an Kartoffeln, sondern aus dem völligen Versagen der Behörden.“

Die Kommunistische Partei erhebt die Forderung, die unfähigen Elemente aus den Ämtern zu jagen und durch Leute zu ersetzen, welche mit dem Volke verbunden und fähig sind, eine strikte Erfassung und gerechte Verteilung der Lebensmittel zu sichern.

Die Bildung von demokratischen Ernährungsausschüssen, welche sich aus allen Schichten des Volkes zusammensetzen, wären die gegebene Voraussetzung für ein reibungsloses Funktionieren unseres Versorgungsapparates.

Kommunisten beantragen Winterhilfe

Die kommunistische Landtagsfraktion hat letzten Freitag im Landtag den Antrag auf eine einmalige Winterbeihilfe (entsprechend der im vergangenen Jahr) für Minderbemittelte eingebracht. Außer den Wohlfahrtsempfängern sollen auch Kriegerwitwen und -waisen, Angehörige vermißter Kriegsteilnehmer usw. in den Genuß dieser Hilfsaktion kommen. Es soll damit, wie Genossin Fröhlich ausführte, die krasseste Not gemildert werden. Die heutigen Unterstützungssätze reichen nicht einmal aus, um die wenigen auf Marken zugewiesenen Dinge zu kaufen. Fälle, daß jemand seine Brot-

Wir fordern Volkskontrolle!

Bezirkskonferenz der Kommunistischen Partei Nordbadens zur Vorbereitung der Gemeindewahlen

Am vergangenen Samstag fand in der Lessingschule zu Mannheim eine Bezirkskonferenz der KPD, Landesbezirk Nordbaden, statt. Die Konferenz stand im Zeichen der Vorbereitungen zu den Gemeinde- und Kreisratswahlen. Der Landesbezirksvorsitzende begrüßte die Delegierten, die angesichts der Wichtigkeit der zu erörternden Fragen aus allen Kreisen und Ortsgruppen recht zahlreich vertreten waren.

Landtagsabgeordnete Anette Langendorf sprach über das Wahlgesetz, dessen Entstehung und über die Durchführung des auch jetzt in Baden eingeführten Kumulierens und Panaschierens bei der Wahl. Sie wies in ihren Ausführungen darauf hin, daß die KPD im Landtag vor neuen Gemeindewahlen die Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Württemberg und Baden gefordert habe, eine wirklich demokratische Selbstverwaltung auf dem Boden breiter Mitwirkung aller Bevölkerungsschichten, denn nur durch Volkskontrolle könne der sich als unfähig erwiesene bürokratische Verwaltungsapparat aus den Angeln gehoben und Not und Elend gebannt werden. Dieser Antrag, so führte die Rednerin weiter aus, wurde nicht angenommen und gegen die Stimmen der Kommunisten die Gemeinde- und Kreisratswahlen auf den 7. Dezember festgesetzt und in aller Eile ein Wahlgesetz durchgepeitscht, das so reaktionär wie nur

Gedenktage DER WOCHE

- 12. 11. 1866 Sunyatsen, politischer Reformator Chinas, geboren.
- 14. 11. 1831 Fr. W. Hegel, Philosoph, gest. 1831
- 15. 11. 1943 Maria Weise wegen antifaschistischer Tätigkeit hingerichtet, Gerhard Hauptmann, Dichter, geboren.
- 17. 11. 1858 Robert Owen, englischer utopischer Sozialist, gestorben.
- 18. 11. 1863 Richard Dehmel, Dichter, geboren.

marken verkauft, um den zugewiesenen Zentner Brennholz oder Kohlen zahlen zu können, sind keine Seltenheit. Und auch die Löhne, vor allem die der Frauen, sind derart niedrig, daß die Frau eines Vermögenden, die ja keine Renten für sich und die Kinder bekommt, dem Hunger nicht entgehen kann. Die einmalige Winterbeihilfe wird zwar diese Probleme nicht lösen, aber sie soll ermöglichen, wenigstens dem kommenden Winter mit etwas weniger Angst und Sorgen entgegenzusehen zu können.

Ein Blick hinter den „Eisernen Vorhang“

(Eigenber.) Eine Million Werktätige in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands erhalten auf Grund des Befehls 234 der sowjetischen Militärverwaltung täglich ein zusätzliches warmes Mittagessen. Mit der Verteilung der Mahlzeiten wurde bereits begonnen. Durch diese Maßnahme gelangen täglich 480 bis 660 Kalorien pro Kopf über die allgemeine Norm hinaus zur Ausgabe. 2 600 000 kg Brot, 1 000 000 kg Nahrungsmittel, 4 156 000 kg Kartoffeln, 165 000 kg Fleisch, 33 000 kg Fett u. a. werden zu diesem Zweck aufgewendet. Dabei ist nicht die Größe des Betriebes, sondern die Schwere der Arbeit für die Ausgabe des Mittagessens maßgebend.

Appell an Weltgewerkschaftsbund

„Die imperialistischen Monopolherren versuchen einen neuen Weltkrieg zu entfesseln,“ so heißt es in einem Aufruf zur Verteidigung von Frieden und Demokratie, den die Zeitung der sowjetischen Gewerkschaften an den Weltgewerkschaftsbund richtet. „Zwei Millionen Bücher, Broschüren und Zeitungen propagieren täglich eine feindliche Haltung gegen die Sowjet-Union. Die Propaganda für einen neuen Weltkrieg ist in vollem Gang und vor unseren Augen sehen wir, wie der Faschismus erneut sein Haupt erhebt.“

Es lebe Demokratie und Sozialismus!

Gruß der SED an die siegreiche Partei der Oktoberrevolution

Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sandte dem Zentral-Komitee der KPdSU (Bolschewiki) folgendes von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl unterzeichnetes Telegramm:

„Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sendet der ruhmreichen Partei Lenins und Stalins, den Söhnen und Töchtern des ganzen sowjetischen Volkes, zum 30. Jahrestag der großen Oktoberrevolution brüderliche Grüße und beste Glückwünsche.“

Der Kampf des sowjetischen Volkes gegen die Brandstifter eines neuen Krieges, sein Kampf um den Frieden ist die Sache aller fortschrittlichen Menschen der Welt. Der erfolgreiche sozialistische Aufbau erfüllt die demokratischen und Sozialisten aller Länder mit Kraft und Zuversicht in ihrem eigenen Kampf. Es lebe das Werk der großen sozialistischen Oktoberrevolution!

Es lebe die brüderliche Verbundenheit der Werktätigen der ganzen Welt im Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus.“

Unter der Lupe

Verbrecher wieder auf freiem Fuß

Wir konnten vor einiger Zeit berichten, daß der schwerbelastete Bernhard Gimber, der ehemalige Oberaufseher der Fremdarbeiter und Gefangenen bei der Firma Bopp u. Reuther, Mannheim, endlich verhaftet wurde. Heute müssen wir allerdings feststellen, daß er schon wieder frei herumläuft. Sehr zur Empörung der Arbeiter, die diesen Menschen-schinder noch aus der Nazizeit kennen. Will der Herr Staatsanwalt Mühlefeld damit seine untadelige, demokratische Gesinnung beweisen? Was ist der Grund, daß man Leute, wie Gimber und seine Komplizen Jäckle, Moosberger, Martin, die sich während des Krieges der Mißhandlung fremdländischer Gefangener und Arbeitskräfte schuldig gemacht und damit Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, wieder auf freiem Fuß setzt?

Ein Notschrei aus dem Landesgefängnis Mannheim

„Es wird höchste Zeit“, so schreibt man uns, „daß die augenblicklichen Zustände im Landesgefängnis einer gewissen Revision unterzogen werden. Im Mittelpunkt aller Probleme steht die Ernährung. Als unmöglich erscheint, daß dort Gefangene beinahe 20 und 30 Pfund abnehmen. Entweder müssen die Lebensmittel gehortet werden, oder sie verlassen auf anderem Wege die Anstalt. Die Zubereitung von Mangold ist derart unappetitlich, daß man es ohne Uebertreibung als ungenießbar bezeichnen kann.“

Gefangene, die sich über diese Zustände beschwerten, werden mit nichtssagenden Erklärungen abgewiesen.

Es ist höchste Zeit, daß sich die zuständigen Behörden mit den Verhältnissen im Mannheimer Landesgefängnis befassen. Es geht nicht an, daß Menschen, welche zu einer kurzen Freiheitsstrafe verurteilt wurden, das Gefängnis mit schweren Gesundheitsschäden verlassen. Gefangene sind unserer Meinung nach auch Menschen und müssen menschlich behandelt werden.

Milde Strafe für nationalsozialistischen Nutznießer

Der Besitzer der Fulmina-Werke Edlingen, ein gewisser Herr Pfeil, bot vor der Spruchkammer das ekelhafte Bild des politischen Konjunkturritters und gewissenlosen Kriegsgewinners. Pfeil war 1941 der NSDAP beigetreten und beiläufig, alle „Errungenschaften“ des nationalsozialistischen Systems in seinem Betriebe einzuführen. Mit allen Methoden der Menschenschinderei und selbst der brutalsten Mißhandlung wurde aus den Fremdarbeitern der letzte Funke Arbeitskraft herausgepreßt. Aber auch die deutschen Arbeiter hätten in diesem nationalsozialistischen Musterbetriebe nichts zu lachen. Jedes Versehen wurde als Sabotage ausgelegt und unter Umständen der Gestapo angezeigt.

Pfeil benahm sich, wie ein Zeuge treffend bemerkte, wie ein Tyrann aus dem neroanischen Zeitalter.

Trotz dieser schweren Belastungen kam Pfeil mit einer milden Strafe davon. Er wurde in die Gruppe der Minderbelasteten eingestuft und zu einer Geldstrafe von 25.000 Mk. verurteilt. Da er, wie üblich, vom Arzte zu 50 Prozent arbeitsbehindert erklärt wurde, sah man von einer Einweisung ins Arbeitslager ab und gab ihm nur zwei Jahre Bewährungsfrist.

An Stelle von einem Kommentar ziehen wir nur die von uns schon öfters gemachte Schlussfolgerung: Die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen.

Wo bleibt die Obstzuteilung?

Es ist wohl angebracht, an einen Beschluß des württembergisch-badischen Landtages vom 1. Oktober zu erinnern. In diesem auf Antrag der kommunistischen Fraktion zustande gekommenen Beschluß wurde an den Landwirtschaftsminister Stooß das Ersuchen gestellt, über die den Verbrauchern zustehenden 15 kg noch eine weitere Zuteilung von Winterobst auszugeben.

Der Beschluß des Landtages war einstimmig. Die Landtagsfraktion des Ministers Stooß, die CDU, hat damit anerkannt, daß eine weitere Obstzuteilung möglich ist. Da bis jetzt jedoch über die Durchführung dieses Antrages nicht das Geringste bekannt geworden ist, ist die Frage berechtigt, ob Minister Stooß diesen Beschluß des Landtages sabotieren will. Dabei wäre interessant, was die CDU dazu sagt, oder hat sie vielleicht diesem Beschluß etwa nur aus Agitationsgründen zugestimmt?

Die Versorgung mit Industriewaren

Für Erfassung der industriellen Produktion

Es widerstrebt einem eigentlich, auch nur noch ein Wort zu schreiben über die Wichtigkeit der Belieferung der Landwirtschaft mit Ackergeräten, Maschinen und Kunstdünger. Darüber wurde schon so viel gesprochen in Versammlungen, auf Bauernkonferenzen und im Landtag, aber geschehen ist herzlich wenig. Man erkennt zwar die Notwendigkeit einer solchen Versorgung an, ist aber nicht willens oder nicht fähig, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Angeblich sind keine Rohstoffe, keine Kohle und keine Arbeitskräfte vorhanden, um die Produktion in Gang zu bringen.

Niemand bestreitet, daß wir wenig Rohstoffe haben, daß unsere Arbeiter unterernährt sind und dadurch in ihrer Arbeitsleistung gewaltig nachgelassen haben. Aber warum schreibt man in der heutigen Notzeit nur dem Bauer vor: Du mußt so und soviel Weizen, Kartoffeln und Hackfrüchte anbauen, du mußt dein Vieh abschlagen, die Schweinezucht drosseln, während der Industrielle in seiner Fabrik schalten und walten kann wie er will. Warum werden die Warenlager der Industrie und des Handels nicht genau so kontrolliert, wie im Dorf die Hofbegehungen durchgeführt werden, warum ist dem Industrieherrn erlaubt, mit einem Teil seiner Produktion Kompensationsgeschäfte (Schiebengeschäfte) zu machen, während von dem Bauern verlangt wird, daß das letzte Ei und der letzte Liter Milch abgeliefert wird? Ist das nicht eine Fortsetzung der alten Politik der Reichen gegen die Armen? Ist das nicht eine behördliche Erlaubnis, Waren zurückzuhalten, um sie erst nach der Währungsreform mit sicherem Gewinn abzustoßen, oder sie heute auf schiefen Wegen gegen feste Sachwerte einzutauschen?

Man braucht nur mit offenen Augen durch die Städte zu gehen und zu sehen, zu welchem Tand und Schund unsere letzten Rohstoffe verschleudert werden und zu welchen Preisen man sie dort anbietet. Jeder einzelne Bauer könnte berichten, was ihm gegen Ab-

gabe von Lebensmitteln alles angeboten wird. Da gibt es Sensen und Sichel, Nägel und Bindegarn, da gibt es alles, was nach den Angaben der Wirtschaftsämter nicht mehr da ist. Sehr oft ist, der Bauer gezwungen, auf einen solchen Handel einzugehen, um seinen Betrieb aufrecht zu erhalten. So war es dem hier schon einmal genannten Freiherrn von Massenbach möglich, in der kurzen Zeit seines hiesigen Aufenthaltes sich diverse Maschinen zuzulegen. Zuletzt erschien er sogar mit einem Traktor. Im Landtag berichtete ich, daß ein Lederfabrikant sich soviel Kunstdünger beschaffen konnte, daß er seine Pferdekoppel damit düngte. Darauf mußte der Ernährungsminister Stooß antworten, daß ihm bekannt sei, daß Industrielle zu solchen Zwecken sich Kunstdünger beschaffen. Unbegreiflich ist es, daß er als Vertreter der Landwirtschaft bis heute gegen eine solche Sabotage unserer Ernährungslage nichts unternommen hat. Wie dreist und sicher sich diese Schmarotzer am deutschen Volke bereits wieder fühlen, zeigt, daß man offizielle Angebote an Geschäftsleute und Bauern verschickt. So liegt mir ein Angebot vor, in dem ein Geschäftsmann zu Wucherpreisen folgende Waren anbietet:

- 1 Sensensichel, Normalpreis RM 2,25
Angebot RM 16,—
- 1 Sichel, Normalpreis RM 1,50
Angebot RM 15,—
- 1 Sägefeile, Normalpreis RM 0,80
Angebot RM 10,50
- 1 Bügelsäge, Normalpreis RM 5,50
Angebot RM 25,—

Um diese Mißwirtschaft schnellstens zu beseitigen, erfordert es die Zusammenarbeit aller ehrlichen Kräfte in Stadt und Land.

Obige Ausführungen entnehmen wir der für jeden Landmann wichtigen und lesenswerten Broschüre „Um das tägliche Brot“ des Landtagsabgeordneten Julius Schätzle, Stuttgart. Sie ist zu beziehen zum Preise von RM —,25 durch alle Ortsgruppen der Kommunistischen Partei und durch die Volksbuchhandlung Mannheim, S 3, 10

Stooß'sche Anbauplanung

Undemokratische Bevormundung der Bauern

Den Bauern schickt man in diesen Tagen durch das zuständige Landwirtschaftsamt das Anbausoll für 1948 ins Haus. Darin wird vorgeschrieben, wieviel Getreide, Kartoffeln, Oelfrüchte, Tabak, Gemüse usw. jeder einzelne Bauer pflanzen soll. Minister Stooß, der verantwortlich zeichnet, beruft sich dabei auf die nazistische „Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen“ vom 27. August 1939.

Es ist nicht gerade eine Empfehlung, diese bei jeder Gelegenheit wiederkehrende Berufung auf nazistische Gesetze und Verordnungen. Es zeigt sich eben auch dabei wieder, daß das ganze landwirtschaftliche Bewirtschaftungssystem aus der Nazizeit übernommen ist. Dazu kommt, daß auch die Landwirtschaftsverwaltung noch nicht gesäubert ist, daß dort immer noch Reaktionäre von gestern ihr Unwesen treiben.

Der Bauer sagt mit Recht: „Wie können mir die da oben am grünen Tisch Vorschriften machen, was ich anplan-

zen soll. Dies muß ich doch selbst wissen, weil ich meine Wirtschaft am besten kenne.“ Das Ergebnis solcher von oben herunter diktierten Anbaupläne ist dann dementsprechend. So wurden 1947 statt 2.309 Millionen ha Getreide nur 2.074 Millionen ha und bei Kartoffeln an Stelle von 1.289 nur 0,875 Millionen ha angepflanzt.

Wir wenden uns nicht gegen Anbaupläne. Wir sind jedoch der Meinung, daß diese nicht von oben herunter diktiert, sondern im Einvernehmen mit der Bauernschaft aufgestellt werden müssen. Unsere vielgelästerte Auffassung von Demokratie ist die, daß das Volk in allen lebenswichtigen Fragen das Recht der Mitwirkung und Mitbestimmung haben muß. Anbaupläne sollten in Bauernversammlungen durchgesprochen werden. Gewählte Bauernausschüsse müßten die Kontrolle über deren Durchführung wie auch über die Ablieferung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse haben.

später zog er nach Ladenburg und baute die stagnierende Sozialdemokratische Partei in dieser Stadt neu auf. Seit 1892 Gewerkschaftsmitglied hat er im Laufe seiner Tätigkeit 13 Maßregelungen der Unternehmer hinnehmen müssen. Obwohl der Genosse Menrad 10 Kinder zu ernähren hatte, ließ er sich von seinem Kampf für die Schaffenden nicht abschrecken.

Im Jahre 1924 trat Genosse Menrad in die Kommunistische Partei über und wirkte bis zu Hitlers Machtergreifung 1933 als Gemeindevertreter. Auch der Terror der Nazidiktatur konnte die aufrechte Gesinnung unseres Genossen Menrad nicht brechen und er steht auch heute noch treu zu unserer Sache.

Wir wünschen dem Genossen Menrad noch viele Jahre Gesundheit und Wohlergehen und wissen, daß er auch weiterhin für die Sache der arbeitenden Schichten wirken wird

Aber das fühlt auch der Bauer, daß eigentlich Feld und Wald denjenigen zu eigen sein sollten, die sie kultivieren, anpflanzen und bebauen. Und dieses Gefühl teile ich mit ihm.

Heinrich Hansjakob
kath. Pfarrer
und Heimatschriftsteller.

Nicht begriffen, daß Flüchtlinge auch Menschen sind

Die Gemeindeverwaltung von Mauer hat anscheinend auch noch nicht begriffen, daß die Flüchtlinge ein Recht zu leben und ein Recht auf einen einigermaßen ausreichenden Wohnraum haben. Es dürfte sonst nicht vorkommen, daß die Familie S., bestehend aus sechs Personen, darunter drei Kinder im Alter von 8—20 Jahren, in einem Raum wohnen und schlafen muß. Die Hausbesitzerin, eine gewisse Witwe B., bewohnt mit ihrer Tochter das übrige Haus, das sechs Wohnräume hat. Sie gestattet der Flüchtlingsfamilie nicht einmal die Benutzung des Kellers, des Speichers und der Waschküche. Sie hat ihnen eine dunkle Ecke unter der Kellertreppe zur Aufbewahrung der Kartoffeln und dergl. zugewiesen. Eine andere Familie B., mit fünf Köpfen, hat im Hause des Lehrers G. auch nur einen Raum zum Wohnen und muß in der Waschküche kochen.

Man fragt sich: Ist die Gemeindeverwaltung nicht in der Lage, hier durchzugreifen, oder will sie nicht durchgreifen? Es zeigt sich halt immer wieder, daß es leichter ist, die Flüchtlinge gegen die Kommunisten aufzuputschen, als ihnen einigermaßen gerecht zu werden. Dabei wäre bei gutem Willen den schlimmsten Mißständen abzuhelfen.

Für ein fortschrittliches Agrarprogramm

Am 15. November 1947 treffen sich in Gießen anläßlich einer hessischen Bauerntagung Vertreter der Bauern aus allen Zonen zur Beratung der dringlichen Fragen unserer Landwirtschaft, sowie unserer Ernährung. Edwin Hörnle, der Präsident der Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft in der Sowjetzone, wird über die Frage sprechen: Wie sichern wir die deutsche Volksernährung, und Rich. Scheringer, Bauer im Dürrhof bei Ingolstadt, der bekannte Angeklagte im Reichswehrprozeß von 1931, wird ein Programm für die Rettung der Landwirtschaft im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet entwickeln.

Wie steht es mit den Rationen der Landarbeiter?

Wie wir erfahren, wird gegenwärtig bei der Zweizonenverwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Frankfurt a. M. ein Erlaß bearbeitet, der das Selbstversorgerrecht und auch die Rationen der Landarbeiter und ihrer Familien betrifft.

Der Vorsitzende dieser Zweizonenverwaltung ist der bekannte Junker Schlange-Schönöningen. Damit wäre eigentlich genügend gesagt. Daß Herr Schlange für die, welche die Arbeit machen, nicht viel übrig hat, ist genügend bewiesen.

Im Bezirk Baden wurde bisher die Rationszuteilung für die Landarbeiter sehr unterschiedlich gehandhabt. Teilweise wurden die Landarbeiterfamilien genau so behandelt wie die Familien der Bauern und erhielten ihre Selbstversorgeration. Aber es gab auch Ernährungsämter, die den Landarbeiterfamilien dieses Recht verweigerten. Diese unterschiedliche Behandlung der Landarbeiter war aber nur deshalb möglich, weil die Landarbeiter nicht überall mit dem gehörigen Nachdruck für ihre Forderungen und ihre Rechte eingetreten sind. Wir sind der Ueberzeugung, daß man in Frankfurt drauf und dran ist, die Rechte der Landarbeiter allgemein zu beschneiden. Das kann und muß verhindert werden. Voraussetzung ist dabei einheitliches Auftreten der Landarbeiter zur Verhinderung der Pläne der Herrschaften in der Zweizonenverwaltung.

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 45.000.



Veteran der Arbeiterbewegung feiert seinen 80. Geburtstag

Am 14. November dieses Jahres feiert unser alter Genosse Thomas Menrad seinen 80. Geburtstag.

Genosse Menrad hat sein ganzes Leben dem Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse gewidmet. Im Jahre 1890 war er einer der Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei in seiner Heimatgemeinde Nußloch. Einige Jahre